critica

Zeitung von Die Linke.SDS
(Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband)
Ausgabe Nr. 19 / 2017

Wenn die Angst regiert

Wie der neue Autoritarismus die Demokratie erstickt S.2–3

Neues aus der Lernfabrik
Wie sich die soziale Lage der Studierenden verschärft S. 7

EU und ihre Grenzen
Wie statt Fluchtursachen Flüchtende bekämpft werden. S. 8–9

Kultur
Junge Autorinnen zwischen Befreiung und Dystopie. S. 14

Liebe Leserin,
lieber Leser,

die critica-Redaktion hat sich diesmal in Sichtweite der besetzten Berliner Volksbühne ans Werk gemacht. Schon bald wurde aber von der Polizei geräumt – zum Glück ohne Pfefferspray. Warum man der Polizei das Pfefferspray wegnehmen sollte, erklärt der kritische Polizist Thomas Wüppesahl im Gespräch (S.3). Der neue Autoritarismus (S. 2) schlägt sich auch bei Wahlen nieder. Während den finalen Zügen der Ausgabenerstellung, versuchte die spanische Regierung erfolglos mit Knüppeln und Gummigeschossen das katalanische Unabhängigkeitsreferendum zu verhindern. Den bundesdeutschen Rechtsruck bei den Bundestagswahlen analysiert Janis und stellt klar: zwar ziehen die Rechten erstmals seit Langem wieder in den Bundestag, aber weg waren sie nie (S. 7). Rechte Kontinuität auch in der Bundeswehr. Den Konflikt zwischen deren Faschos und Modernisierern analysiert Eric (S. 12). Bei zu vielen Rechten hilft eine sozialistische Revolution immer noch am nachhaltigsten. Warum es sich sonst lohnt, sich mit der Oktoberrevolution zu beschäftigen, zeigen wir auf S. 4 und 5.
Eine Revolution oder zumindest einen Neustart braucht auch die EU. Wir haben für euch deren Schuld am Leid der Flüchtenden (S. 13) und den fehlenden Lebensperspektiven vieler Jugendlicher recherchiert (S. 10 /11). Auch über das Comeback der spießigen Kleinfamilie haben wir diesmal geschrieben (S.6).
Weil 16 Seiten nicht reichen die Widersprüchlichkeit der Gesellschaft zu behandeln, gibt es die critica auch online. Auf der neuen Homepage von Die LINKE. SDS findet ihr weitere spannende Artikel: www.linke-sds.org/critica. Wem das noch nicht genug ist, kann bei unserer befreundeten Zeitung, der Freiheitsliebe weiterlesen: www.diefreiheitsliebe.de.

MACHT MIT!

...und werde critica-Redaktionsmitglied. Alles was du dafür tun musst: Schreib eine Mail an info@critica-online.de. So einfach ist das!

Impressum

critica: Semesterzeitung von Die Linke.SDS Nr.19/2017, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Redaktion: Alexander Hummel, Anna Lindner, Benjamin Rudolph Roth, Bettina Gutperl, Christian Ott, Daphne Weber, Dorian Tigges, Eric Recke, Jakob Migenda, Janis Ehling, Maik Brückner, Martin Wähler, Naisan Raji, Philipp Mohr, Tabea Hartig. Mirko Libera
Layout: Sebastian Rave
Druck: Nordost-Druck, Flurstraße 2, 17034 Neubrandenburg
ViSdP: Bettina Gutperl, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Anzeigen und Bestellungen:
info@critica-online.de
www.critica-online.de
Cover: Sebastian Rave

Autoritarismus statt Rechtsstaat

Mehr Überwachung, der Polizeieinsatz bei G20 und das Verbot von Indymedia zeigen, der autoritäre Sicherheitsstaat kommt. Nur indem er autoritär wird, kann sich der Kapitalismus noch retten. Von **Alexander Hummel**

Lola (26) möchte am Samstagabend des G20-Gipfels mit anderen AktivistInnen des Partykollektivs „Alles allen“ ein Zeichen gegen die G20 und den Hamburger Ausnahmezustand setzen. Mit 50 weiteren Personen zieht sie friedlich und tanzend um einen Lautsprecherwagen geschart zum Schanzenviertel. Plötzlich stürmt ein Trupp PolizistInnen auf die Gruppe zu und prügelt sich den Weg zum Soundwagen frei. Die 1,60m große Lola wird heftig von einem Schlagstock getroffen. “Ich konnte nicht mehr atmen vor Schmerzen”, sagt sie. Auch auf Personen, die auf dem Boden liegen, wird eingeschlagen, die Soundanlage zerstört. Später im Krankenhaus wird bei Lola ein Wadenbeinbruch diagnostiziert. Etliche solcher Geschichten werden auf der Homepage g20-doku.org gesammelt. Die Zivilgesellschaft dokumentiert dort, was Polizeibehörden und Ministerien eigentlich selbst kritisch aufarbeiten müssten.
Ihre Nicht-Aufarbeitung ist ein Zeichen für autoritärer werdende Verhältnisse. Ein Blick auf die in der letzten Legislatur beschlossenen Gesetze bestätigt das. Immer wieder wurden im Namen der Sicherheit Gesetzesverschärfungen beschlossen. Beim Thema Überwachung etwa weiteten CDU/CSU und SPD die Verwendung des Staatstrojaners massiv aus. Die Polizei darf damit, ohne dass die Überwachten etwas davon erfahren, Spähprogramme auf Computern und Handys installieren. Das gesamte Privatleben – E-Mails, Chats und Fotoalben – liegt den Ermittlern damit offen vor. Möglich ist dies nun auch bei kleineren Delikten, etwa Drogenkauf, früher ging dies nur bei Terrorverdacht.

Überwachung des Postverkehrs

Aber nicht nur die digitale Kommunikation steht unter wachsender staatlicher Beobachtung. Aus einer kleinen Anfrage der Linksfraktion im Bundestag geht hervor, dass 1494 PostmitarbeiterInnen in die Überwachung von Postsendungen eingebunden sind. Wie viele Sendungen tatsächlich geöffnet werden, ist unklar.
Trotz Kritik von DatenschützerInnen und Gerichten reagieren viele auf ihre wachsende Überwachung bedenkenlos. Was solle ihnen als braven BürgerInnen schon passieren. Wer so naiv ist, vergisst, wozu eine derartige Überwachung missbraucht werden kann. Gerade in Zeiten eines gesellschaftlichen Rechtsrucks, kann sich schnell ändern, was als rechtmäßig und was als Straftat gilt. Mit der AfD sitzt nun eine Partei im Bundestag, in der viele Muslime und Homosexuelle kollektiv überwachen möchten. Was heute noch als Ausdruck gesellschaftlicher Vielfalt gilt, kann morgen schon eine Straftat sein. In einer Gesellschaft mit automatischer Gesichtserkennung, wie es derzeit am Berliner Bahnhof Südkreuz erprobt wird, möchte man dann nicht leben.

Autoritarismus ohne gesetzliche Grundlage

Nicht immer braucht dieser autoritäre Kurs aber eine gesetzliche Grundlage. Für das Verbot der Kommunikationsplattform Linksunten.Indymedia durch Innenminister de Maizière gab es nicht wirklich eine. Artikel 5 des Grundgesetzes, „Eine Zensur findet nicht statt“, scheint hier nicht zu interessieren. Doch das passt sehr gut zum neuen autoritären Sicherheitsstaat. Auch das grundgesetzlich garantierte Asylrecht und Postgeheimnis sind weitestgehend ausgehöhlt. Der sich immer weiter drehende Sicherheitsdiskurs verlangt dabei auch nach drakonischen Strafen. Wer einen Polizisten schubst oder bei einer Festnahme versucht sich aus dem Polizeigriff zu befreien wird mittlerweile zu mindestens drei Monaten Gefängnis verurteilt. Ist man dabei nicht alleine, sind es schon jeweils sechs Monate. Sowohl der bayrische Innenminister Herrmann als auch Bundesinnenminister de Maizière fordern mittlerweile die Strafbarkeitsgrenze von 14 Jahren abzuschaffen. Kinderstreiche können dann bereits der Beginn einer Kriminalitätskarriere sein. Wer solche autoritären Entwicklungen oder die Polizei kritisiert, wird diffamiert und bekommt Sympathien mit politischer Gewalt oder sogar Terrorismus vorgeworfen, KritikerInnen werden zum Schweigen gebracht.

Bild: Vanis–commonswiki (angenommen) (CC BY-SA 3.0 http://tinyurl.com/y882yq9p)

Martialisches Vorgehen der Polizei gegen DemonstrantInnen – nur eines von vielen Merkmalen des autoritären Kapitalismus

Auch ökonomisch zeigt sich dieser neue Autoritarismus: Auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise diktierten die Geldgeber zusammen mit der Troika Schuldnerländern wie Griechenland ihre komplette Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. ParlamentarierInnen und Regierungen waren faktisch entmachtet. Mit dem Fiskalpakt wurde zudem in der EU ein Mechanismus geschaffen, der durch eine Beschränkung der Staatsneuverschuldung verhindert, dass EU-Staaten eine antizyklische progressive Wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben. Im Gewand eines vermeintlich neutralen, Stabilität schaffenden Mechanismus wird so eine neoliberale Wirtschaftspolitik erzwungen. Zu Beginn der Krise sprach Merkel von der „marktkonformen Demokratie“, die zu erreichen wäre. Treffender ist es vom autoritären Kapitalismus zu sprechen. Denn marktkonform kann echte Demokratie niemals sein. Sie muss immer auch die Wirtschaft mit einschließen.

Der Kapitalismus wankt

Der tiefere Grund für diese umfassende autoritäre Entwicklung liegt im seit einigen Jahren wankenden Kapitalismus. Spätestens seit 2008, als die Bank Lehmann Brothers pleite ging und dies eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise lostrat, befindet sich der neoliberale Finanzkapitalismus in einer nachhaltigen Krise. Die Profite sprudeln nicht mehr wie einst. Die InvestorInnen wissen nicht mehr, wo sie ihr Geld anlegen sollen. Die Akkumulation von immer mehr Geld gerät ins Stocken. Gleichzeitig steigt die Ungleichheit immer weiter an und der Kapitalismus bietet für immer weniger Menschen menschenwürdige Lebensperspektiven. Die Unzufriedenheit schlägt sich in wachsenden Protesten nieder. Bewegungen wie Occupy Wall Street in den USA, die Indignados in Spanien oder auch jüngst die massenhafte Unterstützung eines linken Außenseiters wie Bernie Sanders haben den neoliberalen Kapitalismus seitdem immer wieder herausgefordert. Dieser Widerstand wird versucht autoritär zu unterdrücken. Denn auf massenhafte Zustimmung kann der neoliberale Kapitalismus immer weniger bauen. Ihm bleibt nur der autoritäre Zwang, um sein Überleben zu sichern.

Da diese Entwicklung schleichend passiert und der Autoritarismus sich noch demokratisch und rechtsstaatlich gibt, bleibt dies noch unbemerkt. Wir müssen ihm daher die rechtsstaatliche Maske herunterreißen. Nur so wird klar werden: autoritärer Kapitalismus und Freiheit passen nicht zusammen. ★

Alexander Hummel studiert Soziologie in Heidelberg. Seine Bachelorarbeit schrieb er über Überwachung und Öffentlichkeit. Ob er selbst überwacht wird, weiß er nicht.

„Es hat regelrechte Prügelorgien gegeben“

Der kritische Polizist **Thomas Wüppesahl** über die Polizeigewalt beim G20-Gipfel

Thomas Wüppesahl ist Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten. Er gilt als bundesweit renommierter Polizeiexperte

critica: Wie bewerten Sie die Gewalt beim Hamburger G20-Gipfel?

Wüppesahl: Aggression und Gewalt gingen von beiden Seiten aus. Es ist klar, dass bestimmte Menschen angereist sind, um sich auszutoben. Genauso kam es seitens der Polizei zu zahllosen Übergriffen. Es hat regelrechte Prügelorgien gegeben – gegen Menschen, die gefilmt haben oder auch einfach so. Beide Seiten uniformiert, vermummt und mit klarem Feindbild.

Critica: Wie groß ist das Gefahrenpotential von Pfefferspray?

Pfefferspray liegt knapp unter dem Schusswaffeneinsatz. Nach den Erfahrungen, die damit gemacht wurden, ob bei Stuttgart 21, G20 oder anderen Einsätzen muss man der Polizei das Pfefferspray wieder wegnehmen. Sie haben bewiesen, dass sie dieses Hilfsmittel körperlicher Gewalt nicht verhältnismäßig anwenden können und dies auch nicht wollen.

Critica: JournalistInnen und RechtsanwältInnen – beides für die Demokratie wichtige Personengruppen – wurden bei G20 teils in ihrer Arbeit behindert. Ein neues Phänomen?

Nein, aber es wird immer ausgeprägter. In der Gefangenensammelstelle wurde die Arbeit von RechtsanwältInnen praktisch ausgehebelt. Statt unverzüglich wurden die Gefangenen häufig erst nach 40 Stunden vor den gesetzlich vorgeschriebenen Richter vorgeführt. Auf der Straße ging es genauso zu. JournalistInnen werden zur Seite geschoben, ihre Rechte missachtet, Presseausweise ignoriert.

Critica: Ist dieses Hinwegsetzen der Polizei über geltendes Recht, z.B. bei der Auflösung der G20-Camps, eine neue Entwicklung?

Nein, neu ist es nicht, aber es droht sich zu konstituieren. Das Problem ist, dass aus Verwaltungsgerichtsurteilen, die Polizeieinsätze für rechtswidrig erklären, keine negativen Konsequenzen resultieren. Die dafür Verantwortlichen werden locker weiterbefördert. Hartmut Dudde ist dafür das Paradebeispiel. Zudem stellen sich die Innenminister von CDU/CSU und SPD kritiklos hinter jede Vorgehensweise ihrer Polizei – egal was sie machen. Solange wir dort eine solche Hilflosigkeit agieren sehen, solange wird sich auch in den Polizeien nichts verändern. Die bundesdeutschen Polizeien sind geistig-mental inklusive Feindbilder wieder auf dem Stand der Sixties vor der APO; natürlich mit dem aktualisierten Update bei ihrer „zeitgemäßen“ Bewaffnung. Sie sind in einem relevant schlechteren Zustand als zum Zeitpunkt unserer Gründung 1986.

Interview online in voller Länge lesen unter www.diefreiheitsliebe.de
★

ANZEIGE

In Zeiten wie diesen:

Sozial gerecht.
Ökologisch konsequent.
Unbestechlich.
Antirassistisch.
DIE LINKE.

Mitglied werden!
www.die-linke.de

Brot und Frieden – das Jahr 1917 in Russland

Mit der Februar- und Oktoberrevolution erlebte Russland zwei Revolutionen in einem Jahr. Während die erste aus der Unfähigkeit des Zarenregimes resultierte, ebnete die zweite den Weg zu einer Gesellschaft ohne Ausbeutung. Von **Naisan Raji**

1914 leben im spätfeudalen reaktionären Zarenreich 109 von 139 Millionen Menschen auf dem Land. Trotz der Aufhebung der Leibeigenschaft 1861 lebt die Masse der Bauern in großer Armut, während die Gutsherren große Ländereien besitzen. In den industriellen Zentren Russlands Petersburg, Moskau und dem Donbass konzentriert sich die unter miserablen Bedingungen lebende Arbeiterklasse. Ihre Wirkmächtigkeit sollte sich noch als ungleich größer erweisen als ihr kleiner Anteil an der Gesamtbevölkerung vermuten ließ.

Der revolutionäre Prozess beginnt bereits 1905, als 140.000 ArbeiterInnen Reformen vom Zaren fordern. Am Petersburger Blutsonntag lässt der damals noch von der Bevölkerung verehrte Zar die DemonstrantInnen niederschießen. Unter Druck gesetzt durch immer weitere Massenaktionen, Streiks und Meutereien, verkündet der Zar eine konstitutionelle Monarchie mit bürgerlichen Freiheiten wie Versammlungs- und Pressefreiheit, löst jedoch die Duma, das Parlament, nach Belieben auf. Nachdem 1907 auch die letzten Kämpfe der ArbeiterInnen niedergeschlagen werden, folgt eine reaktionäre Phase: Opponenten des Zarenregimes werden hingerichtet oder stärkerer Verfolgung ausgesetzt, ganze Organisationen werden weiter in die Illegalität gedrängt und ihre Presse verboten.

Der Zar ruft zum Krieg

Mit Beginn des Krieges 1914 mobilisiert der Zar Millionen Soldaten, in der großen Mehrheit Bauern. War das Zarenregime schon vor 1914 unfähig, die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, fehlt nun zusätzlich Arbeitskraft in der Agrarwirtschaft. Durch die katastrophale Versorgungslage der Armee, die Schrecken des Krieges und die militärischen Niederlagen entfremden sich die Bauernsoldaten völlig vom Krieg und desertierten massenweise. Der Mär von der Vaterlandsverteidigung gehen sie nicht länger auf den Leim. Wozu sollten sie den Zaren und die Gutsherren verteidigen? Ihre Angehörigen bekamen von ihnen in ihren Dörfern kein Land und ihre Familien konnten sich kaum selbst versorgen.

Nach einer Streik- und Demonstrationswelle in Petrograd streiken zum internationalen Frauentag am 8. März die Textilarbeiterinnen und fordern Brot und Frieden. Dem Streik schließen sich Arbeiter aus anderen Fabriken an. Die Zahl der DemonstrantInnen steigt in den nächsten Tagen auf 250.000. Der Streik wird bald politisch und fordert den Sturz des Zaren und die sofortige Beendigung des Krieges. Nachdem die Bewegung zunächst niedergeschossen wird, schließen sich Soldaten massenweise den Streikenden an. Unter dem Druck dieses Bündnisses zwischen Soldatenaufstand und proletarischer Erhebung muss der Zar am 15. März schließlich abdanken.

In den nächsten Monaten folgt die Doppelherrschaft: Eine provisorische Regierung verkörpert fortan die Macht des Bürgertums. Gleichzeitig agiert der während der Streikbewegung gebildete Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat als Organ der Macht des einfachen Volkes.

Lenin kehrt zurück

Während des Sommers werden die Bolschewiki unter Führung Lenins, der im April aus dem Schweizer Exil nach Russland zurückkehrt, zur zentralen Partei der revolutionären Massen mit zeitweise 250.000 Mitgliedern. Indem sie die Forderungen der Massen ernstnehmen und diese organisieren erkämpfen sie die Mehrheit im Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat.

Allmählich ahnt die Bevölkerung, dass die Provisorische Regierung die Forderungen der Bauern nach Land, der Arbeiter nach Lohnerhöhungen und die allgemeine Forderung nach dem Ende des Krieges nicht umsetzen wird. Im Gegenteil, sie bekämpft die Bauern, die bereits eigenmächtig Gutsherren enteignen und das Land untereinander aufteilen. Arbeitskonflikte entscheidet sie zugunsten der Kapitalisten und statt Friedensverhandlungen einzuleiten, will sie die Armee im Sommer 1917 in eine weitere sinnlose Kriegsoffensive treiben.

Die Provisorische Regierung hat schließlich so wenig Rückhalt, dass der bewaffnete Aufstand der Bolschewiki zur Machtübernahme am 07. November 1917 unblutig verläuft. Der Jahrestag dieses als Oktoberrevolution in die Weltgeschichte eingegangenen Ereignisses wird dieses Jahr durch SozialistInnen der ganzen Welt zum hundertsten Mal gefeiert.

Die Bolschwiki beenden den Krieg

Erst die neue, revolutionäre Regierung unter Beteiligung der Bolschewiki erlässt die Dekrete über den Frieden und über den Boden. Mit der Aufnahme von Friedensverhandlungen und einer Landre-

Das Ende des brutalen Zarenregimes

form vermag sie die dringendsten Forderungen der Bevölkerung zu beantworten. Die Weiterführung der bürgerlichen Revolution vom Februar 1917 in die sozialistische Oktoberrevolution war der Leistung der Bolschewiki zu verdanken, den Massen zu folgen, um sie sodann zu führen, wie Eric Hobsbawm es ausdrückte. Die unmittelbare Konsequenz der Oktoberrevolution, die Existenz des ersten Sowjetstaates, schaffte die Voraussetzungen für eine lange Liste von Errungenschaften im 20. Jahrhundert. So die Verkürzung des Arbeitstages im Rest Europas, die dem Vorbild des noch im Sommer 1917 in Russland eingeführten Achtstundentages folgte oder der jahrzehntelange Prozess der Entkolonisierung Afrikas und der nationalen Entwicklung entkolonisierter Staaten.
Wenn der Sozialismus zwischenzeitig auch Niederlagen erfahren hat, so bestätigt sich in den globalen Folgen der Oktoberrevolution Marx' Feststellung: „Die Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte." ★

Naisan Raji ist Psychologiestudentin und engagiert sich seit einigen Jahren für DieLinke.SDS. Das Jubiläum nutzte sie zur ausgiebigen Auseinandersetzung mit dem Revolutionsjahr 1917.

Als die Träume zu leben begannen

Auch 100 Jahre später sind die Freiheiten, die die Oktoberrevolution eroberte, beispiellos. Homosexualität wurde legalisiert, männliche Privilegien abgeschafft und die Kunst erblühte. Von **Dorian Tigges**

„Frauen! Beteiligt euch an den Wahlen zu den Sowjets!" Auch in Usbekistan stand Frauenemanzipation auf der Tagesordnung

Schaut man heute auf die Russische Revolution, fallen häufig die Leiden der Bevölkerung, die Toten des Stalinismus und die Spießigkeit der sowjetischen Eliten ins Auge.
Mit Blick auf die frühen Jahre des sowjetischen Staates ist dieses Bild aber stark verzerrt. Liberale Sexualität, freie Kunst und unkonventionelles Zusammenleben waren Teil der Russischen Revolution.
Der Sturz der bürgerlichen Regierung brachte nicht nur die Abschaffung der bürgerlichen Ehe und ihrer Zwänge sowie eine ungekannte Freiheit und Blüte der Kunst, sondern auch eine revolutionäre Umverteilung des Wohnraums mit sich.

Liebt doch, wen ihr wollt

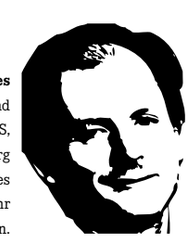
So wurde noch im Jahr der Revolution unter dem Einfluss von Feministinnen wie Alexandra Kollontai das fortschrittlichste Ehe- und Familienrecht, das die Welt bis heute gesehen hat, geschaffen: Homosexualität wurde entkriminalisiert, Scheidungen vereinfacht und die Vorrechte der Männer abgeschafft. Verschiedenste Formen von Ehen – unabhängig davon, ob es sich um wechselgeschlechtliche oder gleichgeschlechtliche Ehe handelte – waren mit einfachem Verweis auf die Einvernehmlichkeit plötzlich völlig legal und rechtlich abgesichert.

Kunst und Revolution

Die Künste wurden von einer neuen Freiheit des Ausdrucks, die noch unter dem Zaren undenkbar gewesen war, erfasst. Alles schien unmittelbar oder schon bald möglich zu sein. Zunächst wollte man den Bau von neuen Wohnungen und Städten, die gerade den ArbeiterInnen mehr Wohnraum und Licht bringen sollten, angehen, Man glaubte an Weltraumflüge zum Mars, lange bevor die Raumfahrt erfunden war und an die Schaffung eines neuen, von egoistischen Neigungen befreiten Menschen. Selbst die Wiederbelebung bereits lange Verstorbener schien schon bald möglich.
Zentrale Figuren der künstlerischen Avantgarde wie Kasimir Malewitsch oder Wassily Kandinsky stellten sich hinter die neue Regierung und versuchten mit ihren Mitteln, den Aufbau und Traum einer befreiten Gesellschaft zu unterstützen.
Sowohl die europäische Avantgarde der Künste im 20. Jahrhundert, wie auch der Science-Fiction-Film haben hier ihren Ursprung.

Die Vorläufer unserer Studi-WGs

Zu dieser Zeit wurde die Hauptstadt, Petrograd beziehungsweise St. Petersburg, von ehemaligen Soldaten, Deserteuren und Geflüchteten aus den westlichen Gebieten nahezu überrannt. Innerhalb weniger Monate verdoppelte sich die Bevölkerungszahl der Stadt. All diese Menschen brauchten eine Wohnung und gleichzeitig war die Innenstadt noch von den Palästen des Hochadels mit ihren großen Ball- und Festsällen durchzogen.
Die neue Regierung nahm dem Adel seine Paläste weg, zog Zwischenwände durch deren Säle und gab den wohnungssuchenden Menschen ein neues Dach über dem Kopf. Dort, wo nur Monate zuvor noch die russische Oberklasse rauschende Feste gefeiert hatte, wohnte nun ein wild zusammengewürfelter Haufen von Menschen in einer Weise zusammen, die vorher nahezu unbekannt war: in WGs.
Menschen, wie sie verschiedener kaum sein könnten, aus den unterschiedlichsten Ecken Russlands, lebten nun zusammen, kochten zusammen und putzten gemeinschaftlich ihre Wohnung.
Diese Art des Zusammenlebens erscheint uns heute normal. Knapp 30 Prozent aller Studierenden leben in WGs. Aber diese Wohnform galt noch bis weit in die 1980'er Jahre als Keimzelle der linken Bewegung und auch der 1968'er. "Das Private ist Politisch" gilt eben nicht nur für die "sexuelle Befreiung", sondern auch für WG's als Form gemeinschaftlichen Wohnens.
In und nach der Oktoberrevolution wurden hier – wie in vielen anderen Bereichen auch – erste Erfahrungen gesammelt. Ein Grund mehr, sich nach 100 Jahren wieder intensiver mit ihr auseinanderzusetzen. ★



Dorian Tigges ist im Bundesvorstand von DieLinke.SDS, studiert in Marburg und glaubt, dass es höchste Zeit ist für mehr utopisches Denken.

Keine Gewerkschaft, kein Skandal: Die legitime Ausbeutung in der Familie

Bild: Sebastian Rave

Der konservative Backlash der Kleinfamilie hat immense Vorteile für den neoliberal geprägten Staat. Wohlfahrtsstaatliche Aufgaben können getrost in die Hände der unbezahlt arbeitenden (Ehe-)Frauen abgeben werden. Von **Daphne Weber**

Eine marxistische Feministin protestiert gegen den Missbrauch von Frauen als billige Arbeitskräfte

Ein Embryo, dazu die lispelnde Stimme Angela Merkels: „In welcher Welt wirst du einmal leben?“ Glückliche Familien, hüpfende Kinder mit schönen Eltern auch im SPD-Wahlwerbespot. Die AfD spitzt das zu, was auch die anderen Videos implizieren: „Neue Deutsche machen wir selber“. Die Kleinfamilie Mutter-Vater-Kind erlebt eine Renaissance. Konservative befeuern ideologisch das, was wirtschaftlich nie abgeschafft wurde: Die Frau als Mutter, vielleicht halbtags berufstätig, finanziell abhängig, aus dem Berufsleben herauskatapultiert mit der Geburt des ersten Kindes. Die SPD gibt sich progressiver: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, heißt es da. Doppelverdienerhaushalte gelten als fortschrittlich. Die Kinder werden ganztags in der KiTa betreut. Besserverdienende leisten sich Haushaltshilfen – weiblich, unterbezahlt, meist migrantisch; symptomatisch für schlecht entlohnte Berufsgruppen.

Familie als erstes Eigentumsverhältnis

Ob Mutter oder Haushaltshilfe, am Ende des Tages steht eine Frau vor dem Kindergarten, um die Kleinen abzuholen. In den meisten Fällen, also in niedrig und durchschnittlich verdienenden Familien, ist es die Mutter. Das ist noch nicht alles. Ums Abendessen kümmern? Die Mutter. Den Kindern Nachhilfe geben? Die Mutter. Den pflegebedürftigen Opa versorgen? Die Mutter. All diese Arbeit, die unsichtbar hinter verschlossenen Türen unbezahlt verrichtet wird, nennt der Ökonom und Philosoph Karl Marx Reproduktionsarbeit. Im Vergleich zur Produktionsarbeit, die in unserer Gesellschaft meist als Lohnarbeit organisiert ist, scheint die unbezahlte Arbeit keine Produkte und somit keinen Mehrwert zu schaffen. Marx stellt fest, dass hier wie dort Ausbeutung an der Tagesordnung ist und benennt das kleinfamiliäre Verhältnis als das, was es ist: Erstes Eigentumsverhältnis, in dem der Mann sich die Arbeit der Frau aneignet. Während der Berufstätige auf dem Arbeitsmarkt wenigstens einen Lohn erhält, kann sich der Ehemann vollends darauf verlassen, dass seine Frau die Arbeit, die zu Hause anfällt, umsonst verrichtet.

Frauenunterdrückung im Dienst des Kapitals

Nachdem Gott und Kirche als Begründung für diesen Sachverhalt aus der Mode gekommen sind, stürzen sich die vermeintlich aufgeklärten Geister auf den Darwinismus: Es sei biologisch angelegt, dass eine Frau Haus- und Sorgearbeit leiste. Die sei minderwertig und somit ist es auch die Person, die diese Arbeit verrichtet. Frauenunterdrückung funktioniert auf diese Weise ganz ohne Kirche, denn sie steht heute im Dienst des Kapitals, des neuen am Altar der freien Marktwirtschaft angebeteten Götzen. Historisch wurden Frauen immer dann ermuntert, ins Erwerbsleben einzutreten, wenn einerseits der Mehrwert möglichst billig gesteigert werden sollte und andererseits die Familie mit einem einzigen Gehalt nicht mehr über die Runden kam. Frauen eigneten sich seit jeher zur Lohndrückerei, da sie billigere Arbeitskräfte waren und sich lange Zeit politisch nicht organisieren durften. Auch heute sind Frauen mehrheitlich schlechter bezahlt. Häufig sind sie in schlecht entlohnten, sozialen Berufen beschäftigt, in denen sie Reproduktionsarbeit beziehungsweise Sorgearbeit leisten. Die Lösung ist aber nicht, wie uns neoliberale Profitideologen weiß machen wollen, dass Frauen in sogenannte MINT-Fächer (Mathe, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) eintreten sollen. Die Lösung ist auch nicht unbedingt eine Frauenquote in Führungsetagen. Die neoliberalen „Der-Markt-Regelt-alles“-Apologeten verpacken in diesen Forderung lediglich das Interesse, die berufstätigen Frauen unter dem Vorwand der Gleichberechtigung noch besser auszubeuten: Auf dem Arbeitsmarkt und zu Hause.

Altersarmut ist Frauenarmut

Da Frauen, die Kinder haben, weniger flexibel sind und keine 40-60 Stunden pro Woche arbeiten können, werden Mütter auf Jobsuche benachteiligt. Für Alleinerziehende ist die Situation noch schwerer. Die Kinder- und Altersarmut ist vorprogrammiert. Es ist kein Zufall, dass Altersarmut ein mehrheitlich weibliches Phänomen ist.

Konservative behaupten nun, die Frau müsse zurück an den Herd, ein Familieneinkommen müsse ausreichen. Diese Haltung zementiert die Sklaverei der Frau erst recht. Die feministische Forderung nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit der Frau kann nicht durch ein Taschengeld vom Ehemann oder eine „Herdprämie“ erfüllt werden. Es gilt vielmehr, für einen Mindestlohn, höhere Grundsicherung und höheres Kindergeld zu kämpfen. Des Weiteren sollten wir als hochtechnisierte Gesellschaft die immerwährende Verlängerung der Arbeitszeit nicht hinnehmen, sondern für eine Verkürzung streiten. Besonders essentiell ist die Entwicklung einer solidarischen Verteilung von Reproduktionsarbeit, geschlechtergerecht und gesamtgesellschaftlich. Dazu muss die wirtschaftliche Funktion der Kleinfamilie überwunden und Sorgearbeit kollektiv organisiert werden. Frauen müssen ihre Mehrfachbelastung durch Arbeit anprangern und sich nicht auf „Chancengleichheit“ vertrösten lassen, die ihnen FDP-Posterboy Chris Lindner und andere neoliberale Dödel versprechen. Es gibt keine nachhaltigen und gerechten Lösungen innerhalb dieses Wirtschaftssystems für das Problem der Unterdrückung. Die Kleinfamilie stützt das Wirtschaftssystem, das Wirtschaftssystem stützt die Kleinfamilie und damit die spezifische Ausbeutung der Frau. Ein Angriff auf beide Institutionen ist daher gleichermaßen unerlässlich. ★

Daphne Weber studiert im Master Inszenierung und arbeitet zur Schnittstelle von Kunst und Wissenschaft. Sie versucht im SDS-Bundesvorstand die feministische ‚Operation Kastrat‘ durchzuführen.

Rechtsruck in Deutschland

Grafik: Sebastian Rave

Erstmals seit 1961 sitzt eine rechtsradikale Partei im Bundestag. Doch wer die Themen der Rechten übernimmt, stärkt sie nur. Stattdessen braucht es eine klare soziale und demokratische Wende. Von **Janis Ehling**

Grafik: Je dunkler das Blau des Wahlkreises, desto mehr Stimmen bekam die AfD bei den Bundestagswahlen. Mit Ausnahme der LINKEN rutschen die Parteien unter dem Eindruck der AfD nach rechts.

Als die Ergebnisse dieser Wahl über die Bildschirme flimmerten, reagierten viele mit Fassungslosigkeit. Die beiden großen Volksparteien CDU und SPD haben die schlechtesten Ergebnisse seit den ersten Wahlen 1949 eingefahren und aus der marktradikalen Schnöselgruft ist die FDP auferstanden und wieder in den Bundestag eingezogen. Doch die meisten schauten ungläubig auf das Ergebnis der AfD. Erstmals seit 1961 sitzt eine rechte bis rechtsradikale Partei im Bundestag. Dieser Rechtsruck ist kein Zufall und wir sollten nicht den Fehler machen nur auf die AfD zu schauen. Der starke Einzug von FDP und AfD schwächen Merkel und die CDU/CSU gewaltig. Merkel steht für einen liberalen Kurs innerhalb der Unionsparteien. Doch der rechte Flügel nimmt das Ergebnis der Wahl zum Anlass heftigen Druck für eine Rechtsentwicklung der Union zu machen – gesellschaftlich und wirtschaftlich. Schon jetzt plädieren prominente Unionspolitiker wie Seehofer und Spahn für eine weitere Verschärfung des Asylrechts und für eine Rente mit 70. Wer glaubt, dass die Union ein Bollwerk gegen die AfD ist, irrt. CDU/CSU haben gemeinsam mit SPD, FDP und Grünen die gesellschaftlichen Verhältnisse erst geschaffen, die den Aufstieg der AfD ermöglicht haben.

Wie die AfD punkten konnte

Die Rechten waren nach dem 2. Weltkrieg nie weg aus Deutschland. Ein Teil organisierte sich in der CDU/CSU oder der FDP, ein anderer versuchte immer wieder erfolglos rechte Parteien neben der CDU zu etablieren (NPD, REP, BfB). Diese Parteigründungen hatten keinen Erfolg, weil die meisten Menschen entweder die SPD oder die CDU wählten. Die wirtschaftliche Lage war über lange Jahre stabil. Erst der Abbau des Sozialstaats ermöglichte den Aufstieg der AfD.

Die AfD-Hochburgen liegen allesamt in abgehängten Gebieten mit hoher sozialer Ungleichheit: Vorpommern, Ostsachsen, Ostthüringen, der Bayerische Wald oder Gelsenkirchen. Außerdem ist die AfD gerade in den Gebieten stark, in denen die Union seit Jahrzehnten besonders rechts ist – in Bayern und Sachsen. Das zeigt zweierlei: 1. Wer die Themen der Rechten übernimmt, stärkt sie. In den Landtagswahlkämpfen im Saarland oder NRW spielten die Themen der AfD keine Rolle. Dort kam sie lediglich auf 7-8%. 2. Es reicht nicht, nur gegen Rechts zu sein. Wir müssen auch die Verhältnisse ändern, die den Aufstieg der Rechten ermöglicht haben.

Dieser Aufstieg hat viel mit der wirtschaftlichen Rechtswende der Sozialdemokratie in den letzten Jahrzehnten zu tun. Die SPD steckt in einem Dilemma: Will sie Politik für die Wirtschaft oder für die Bevölkerung machen? Sie muss sich entscheiden. Schon am Wahlabend sorgten Schulz und Co mit ihrer Entscheidung, nicht mit der CDU zu koalieren, für einen Coup – auch um ihren Status als 20%-Partei zu sichern. Ein inhaltlicher Wechsel sieht anders aus.

Bewegung gegen Rechts

Für eine positive Alternative steht die Partei DIE LINKE, die ein passables Ergebnis erzielte. Die Partei verjüngt sich seit einigen Jahren stark und sie schnitt besonders in den größeren Unistädten in Ost und West gut ab. 9,2% im Parlament reichen aber nicht aus. Wir brauchen eine klare Kante gegen Rechts und eine breite gesellschaftliche Bewegung für eine soziale und demokratische Wende in Deutschland. Ohne viele Aktive und Engagierte wird das nicht gehen. Der Rechtsruck bahnte sich über Jahrzehnte an und es wird ebenso lange brauchen, ihn zurückzudrängen. Die 6000 Eintritte in DIE LINKE in diesem Jahr können da nur ein Anfang sein. ★

Janis Ehling ist Bundesgeschäftsführer des SDS, im Bundesvorstand der LINKEN und hört gerne veganen Hippie Death Metal

ANZEIGE

Die rechte Republik?

Die aktuellen »Blätter« – mit linken Alternativen!

www.blaetter.de

Jung.Gestresst.Pleite

Die fetten Jahre sind vorbei. An ein Studileben wie es noch die 68er vor 50 Jahre führten, ist heute nicht mehr zu denken. Zwar beginnen heute weit mehr Menschen zu studieren als damals, dafür sind aber die Hürden innerhalb des Studiums immer höher geworden. Wir haben euch über diese hier einen kleinen Überblick erstellt. Jetzt gilt es sie „nur“ noch gemeinsam zu überwinden, damit alle freien Zugang zu Bildung haben. Von **Dorian Tigges, Bettina Gutperl und Tabea Hartig**

BAföG rauf!

Immer weniger Studierende bekommen BAföG. Lag der Anteil der Beziehenden Anfang der 1990‘er Jahre noch bei 30%, so sind es heute nur noch knapp 25% aller Studierenden. Darunter leiden insbesondere Studierende aus Elternhäusern ohne akademischen Hintergrund. Nicht nur, dass immer weniger Studierende gefördert werden, auch die BAföG-Höhe entspricht, bei den gestiegenen Mieten und Lebenshaltungskosten der letzten Jahre in keinster Weise mehr den Bedürfnissen. So erscheint es nicht überraschend, dass der Anteil des BAföGs an der gesamten Finanzierung von Studierenden aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsabschluss von 2012 bis 2016 von 35% auf 21% gesunken ist.
Das heißt nicht nur, dass in steigendem Maße Eltern mit niedrigen Einkommen das Studium ihrer Kinder mitfinanzieren müssen, sondern auch, dass diese Studierenden immer öfter auf Nebenjobs und Studienkredite angewiesen sind.
Als wäre dies nicht genug, sind die BAföG-Ämter auch zunehmend zu „Schnüffelanstalten“ geworden, welche ihre Kompetenzen an vielen Stellen überschreiten. So kam es in den letzten Jahren vermehrt vor, dass zusätzlich zu den ohnehin aufwendigen Beantragungsverfahren Studierende unter Druck gesetzt wurden. Zum Beispiel sollten Dokumente, wie etwa Notenspiegel eingereicht werden, anstatt eines Nachweises erreichter ECTS-Punkte.
Zusammenfassend können wir also feststellen, dass nicht nur das BAföG für immer weniger Studierende zum Leben reicht und es immer Weniger bekommen, sondern auch die Antragsprüfung immer rabiater wird.

Jobst du noch oder studierst du schon?

Wer kein BAföG kriegt und keine reichen Eltern hat, muss auf andere Weise an Geld zum (Über-)Leben kommen. Häufig heißt das: Nebenjob. Doch mehr als 20 Stunden pro Woche dürfen Studierende nicht arbeiten – sonst fällt der Studierendenstatus weg. Zudem wird meist auf 450€-Basis entlohnt. Das bedeutet meist Arbeit zum gesetzlichen Mindestlohn, die überdies nicht als Festgehalt, sondern stundenweise bezahlt wird. Wird man nicht gebraucht oder ist krank, hat man Pech gehabt. Bleibt man gesund, hat man aber auch Pech gehabt. Denn 450€ monatlich reichen zur Finanzierung des Lebensunterhaltes schlicht nicht aus.
Warum sich nicht also als WerksstudentIn anstellten lassen? Das zahlt sich in einem höheren Stundenlohn aus. Andererseits müssen Sozialabgaben und Versicherungskosten erbracht werden. Zudem vergeben einige Unternehmen keine derartigen festen Jobs, sondern stufen erst im Laufe des Monats hoch, sobald die 450€-Grenze erreicht ist. Die bis dahin geleisteten Arbeitsstunden werden also schlechter bezahlt.
Doch auch wer eine Stelle als Studentische Hilfskraft an der Uni ergattert, ist nicht immer zu beneiden: zwar hat man im Idealfall einen Job, der mit dem eigenen Studium zu tun hat und auch das (Fest-)Gehalt liegt in der Regel über Mindestlohn. Dafür ist der tatsächliche Arbeitsaufwand oft größer als die dafür vorgesehene Stundenzahl. Ein Teil der Arbeit bleibt so unentlohnt.
Ein Nebenjob bedeutet eine generell höhere Belastung. Bei wöchentlich 15-20 Stunden Lohnarbeit plus Lehrveranstaltungen plus Vor- und Nachbereitungszeit bleibt kaum Zeit für anderes. Nicht nur mehr Stress, sondern ein oft auch längeres Studium sind dafür der Dank.

Fahrpreise senken, Nahverkehr ausbauen!

Als Studi kommt man für gewöhnlich in den Genuss eines mehr oder weniger brauchbaren Semestertickets, das einem die eigene Mobilität erleichtern soll. Die Geltungsbereiche und Nutzungsbedingungen dieser Tickets sind je nach Hochschule und Bundesland sehr verschieden. Einige Semestertickets umfassen mehrere Bundesländer und sämtliche dort ansässige ÖPNV-Unternehmen, andere Tickets sind auf bestimmte regionale Verkehrsverbünde begrenzt. Zudem sind die Tickets je nach Geltungsbereich und Finanzierungssystem auch unterschiedlich kostspielig: einige Tickets sind auf Basis eines Solidaritätsprinzips finanziert. Das heißt alle Studierenden bezahlen denselben Betrag unabhängig von der tatsächlichen individuellen Nutzung. Andere Tickets sind durch einen Sockelbeitrag grundfinanziert, der nur zu eingeschränkter Nutzung befähigt und individuell aufgestockt werden kann. Diese Heterogenität führt nicht nur zu einem Mobilitätsangebot, bei dem man leicht den Überblick verliert. Sie ist schlichtweg unfair, unter anderem weil die Wahl der Hochschule sich damit unmittelbar auf die Mobilität auswirkt. Deutlich fairer wäre es, wenn es für sämtliche deutsche Hochschulen ein bundesweit gültiges Semesterticket gäbe, mit dem alle Studierenden die gleichen Mobilitätsmöglichkeiten haben.

Bildung? Gebührenfrei!

Die gute Nachricht: Seit 2014 gibt es in keinem Bundesland mehr allgemeine Studiengebühren. Durch den Widerstand tausender Studierender, die sich im Bildungsstreik zusammengeschlossen haben, gelang es sie abzuschaffen.
Haben so alle Menschen freien Zugang zu Hochschulbildung? Leider nein. Es gibt zahlreiche Sonderregelungen und „versteckte Studiengebühren“.
Für das Wintersemester 17/18 führt Baden-Württemberg Studiengebühren für Nicht-EU-StaatsbürgerInnen ein (1.500€ im Semester). Andere Länder denken darüber nach diese rassistische Regelung nachzuahmen.
Einige Bundesländer erheben Langzeitstudiengebühren (400€–500€ im Semester) für Studierende, die vier Semester länger als Regelstudienzeit studieren. Dies betrifft vor allem diejenigen, die neben dem Studium arbeiten müssen – weil sie zu wenig Geld haben.
Auch bei einem Zweitstudium fallen in einigen Bundesländern Gebühren an, teilweise zusätzlich zu den Langzeitstudiengebühren. Eine Umorientierung während des Studiums wird so erschwert.
Zu den „versteckten Studiengebühren“ gehören die Verwaltungsgebühren, die bei der Einschreibung und Rückmeldung in einigen Ländern fällig werden (meist 50€ im Semester). Wofür diese Gebühren verwendet werden ist fraglich.
Studiengebühren, egal wie sie genannt werden, schrecken viele von einem Studium ab. Dies betrifft vor allem Kinder, deren Eltern nicht studiert haben oder von diesen nicht finanziert werden können. Ebenso vom Studium abgehalten werden Menschen ohne EU-Pass, die mit den höchsten Studiengebühren belastet werden. Bestehende Ungleichheiten werden so immer weiter zementiert und das Menschenrecht auf Bildung außer Kraft gesetzt.

Studieren als ProletIn

Die Zahl der Studierenden aus Arbeiterfamilien ist im Vergleich zu Studierenden aus Akademikerfamilien eher gering. In 2013 hatten 60% der Eltern von Studierenden ein Abitur. Dagegen kommen nur 9% aus einer Familie, in der mindestens ein Elternteil einen Hauptschulabschluss hat. Das heißt, die Mehrheit der Studierenden an deutschen Hochschulen kommt aus Familien mit akademischen Hintergrund. 52% der Studierenden an Fachhochschulen stammen aus einem Haushalt, in dem mindestens ein Elternteil über einen Fachhochschulabschluss verfügt. Eklatanter ist der Unterschied an Unis. Hier stammen 58% der Studierenden aus akademischen Elternhäusern – mit steigender Tendenz. Das liegt zum Einen an den Rahmenbedingungen für ein Studium: Steigende Mieten und niedrige BAföG-Sätze. Ein Studium wird immer teurer. Das führt dazu, dass nahezu alle Studierenden neben dem Studium jobben müssen. Während einige KommilitonInnen arbeiten, um Geld für den nächsten Back-Pack-Urlaub in Thailand zu sparen, müssen Arbeiterkinder den Nebenjob machen um Miete, Ernährung oder Lernmittel zu bezahlen. Zum Anderen führt das Bachelor/Master-System, welches Studierenden weniger Zeit als vorher einräumt, zu Hindernissen. Gerade Arbeiterkinder, von denen viele das universitäre Umfeld als ungewohnt empfinden, brauchen Zeit für eine Akklimatisierung. Das führt dazu, dass Studierende aus sogenannten „bildungsschwachen“ Milieus durch den Lerndruck, das ungewohnte Umfeld und dem finanziellen Druck ihr Studium häufiger abbrechen. In Baden-Württemberg kommen 56% der StudienabbrecherInnen aus Nicht-Akademikerfamilien.

Mieten runter!

Die Mietpreise in Deutschland explodieren. Dieser Trend geht auch an Studierenden nicht vorbei. Besonders in Groß- und Unistädten sind in den letzten vier Jahren die Preise massiv gestiegen. Durchschnittlich geben Studierende mehr als ein Drittel ihres monatlichen Einkommens allein für Wohnen aus. Bei Studierenden, die bis zu 700€ im Monat zur Verfügung haben (und damit die Einkommensschwächsten darstellen), verbrauchen die Mietkosten im Durchschnitt 46% der Einnahmen. Im Vergleich zum Sommersemester 2012 ist die Miete in Wohnheimen und Wohngemeinschaften um 14% angestiegen, im Untermietverhältnis gar um 39%! Mit diesem Preisanstieg liegen studentische Wohnformen über dem Anstieg anderer Wohnverhältnisse. Das hängt auch damit zusammen, dass sich immer mehr junge Menschen nach der Schule für ein Studium entscheiden. Die Nachfrage nach studentischem Wohnraum steigt, während das Wohnungsangebot immer knapper wird. Leider macht die Politik wenig, um dem Problem entgegenzuwirken. Die staatlich geförderten Wohnheimkapazitäten für Studierende wuchsen nicht mit der steigenden Zahl der Studierenden. Im Gegenteil sinken die staatlichen Förderungen seit den 90er Jahren kontinuierlich. Die Wohnraumkapazitäten der Studierendenwerke reichen deutschlandweit gerade mal für ein Zehntel aller Studierenden. Insofern ist die Wohnsituation auch Ausdruck der sozialen Situation. Nur wer sich die Miete in seiner Stadt leisten kann, kann studieren – und das sind immer öfter Studierende mit gut verdienenden Eltern.

★

Entrechtung als Krisenlösung

„Es ist nicht die Krise, es ist das System" – seit zehn Jahren wird in der EU gegen die Krisenlösungen der Troika demonstriert.

Seit Beginn der Krise 2008 sind fast 10 Jahre vergangen. Als Maßnahmen zu ihrer Lösung wurde das Arbeitsrecht vielfältig reformiert. Doch hilft dies wirklich? Von **Anna Lindner**

Von der Krise, die seit 2008 andauert, sind alle europäischen Länder betroffen. Die Zahl der Arbeitslosen stieg überall und besonders in Südeuropa schoss die Arbeitslosenquote in die Höhe. Gleichzeitig mit ihr wuchs auch die Armut. Vor allem unter Jugendlichen stieg sie exponentiell schnell - so sind im europäischen Durchschnitt 20% der 15-24 Jährigen arbeitslos. In Spanien sogar fast 40%. Zugleich zielten die Reformen auf die Lockerung von Mindeststandards im Arbeitsrecht. Der Druck auf Löhne und die Angst vor Entlassungen stieg, während soziale Leistungen, wie die Absicherung bei Verlust des Arbeitsplatzes, eingeschränkt wurden. Der Fokus der Europäischen Regierungen und der sogenannten Troika (Europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfond und Europäische Kommission), welche die Krise europaweit autoritär managte, lag auf Reformen im Arbeitsrecht.

Einige Länder setzten Reformen von sich aus um, andere wie etwa Griechenland wurden dazu gezwungen, indem finanzielle Unterstützung nur nach Umsetzung einschneidender Reformen genehmigt wurde. Flexicurity lautete die magische Formel: Mehr Flexibilität (flexibility) für ArbeitgeberInnen und mehr Sicherheit (security) für ArbeitnehmerInnen. Dafür wurden Stellen befristet, die maximale Anzahl an Überstunden dereguliert und der Kündigungsschutz gelockert. Auch die Mitspracherechte der Gewerkschaften als Vertretung der ArbeitnehmerInnen wurden eingeschränkt: in vielen Ländern wurden die Forderungen der Angestellten nicht mehr für ganze Branchen verhandelt, sondern auf der Ebene der einzelnen Unternehmen. Gewerkschaftlichen Forderungen verloren so an Gewicht. Viele der Reformen wurden ohne Mitsprache der Sozialpartner abgestimmt oder gar vorbei an nationalen Parlamenten umgesetzt.

Nur oberflächliche Verbesserungen

All diese Änderungen im Arbeitsrecht schienen auf den ersten Blick die Lage zu verbessern. So sind die Arbeitslosenquoten ein wenig gesunken, die Wirtschaft erholte sich und in einigen Ländern waren Wachstumstendenzen Richtung Vorkrisenniveau zu erkennen. Zwar hatten viele Menschen Arbeit, jedoch reichte ihnen diese oft nicht zum Überleben. Befristete und schlecht bezahlte Jobs verstärken den sozialen Druck auf die Bevölkerung. Die Arbeitsverhältnisse werden zunehmend unsicherer und kurzfristiger, sodass die Angst vor Entlassungen oder ablaufenden Arbeitsverträgen und damit die Angst vor sozialem Abstieg und Armut stets in den Köpfen der Menschen ist.

Einwandfreie Musterreform

Ein aktuelles Beispiel für derartige Reformen ist Frankreich, das im Verlauf der Krise zwar bereits Änderungen durchführte, aber jetzt eine weitere tiefgreifende Arbeitsmarktreform in Angriff nimmt. Bereits 2016 wurde unter dem sozialdemokratischen, französischen Präsidenten Hollande eine erste Arbeitsmarktreform durchgesetzt. Über Monate demonstrierte die Bevölkerung in den französischen Städten und leistete dagegen Widerstand. Um die Reformen schnell auf den Weg zu bringen, nutzte Premierminister Manuel Valls den Artikel 49 der französischen Verfassung, der es ermöglichte die Reformen ohne Zustimmung der Nationalversammlung durchzusetzen. Der aktuelle Präsident Emmanuel Macron führt diese Reformen fort. Mit ihnen soll der Kündigungsschutz gelockert und Tarifverhandlungen verlagert werden, sodass diese in den einzelnen Betrieben statt branchenweit stattfänden. Die Mitentscheidungsrechte der Gewerkschaften würden dadurch geschwächt. Auch der aktuelle Protest ist wieder groß. Im September gab es mehrere Aktionstage, zu denen Gewerkschaften, Parteien und soziale Bewegungen aufgerufen haben. Auch Macron greift auf einen Artikel der Verfassung zurück, der es ihm ermöglicht die Reformen sofort umzusetzen und erst im Nachhinein durch das Parlament legitimieren zu lassen. ★

Anna Lindner ist seit drei Jahren im SDS Leipzig und kämpft für soziale Gerechtigkeit und Solidarität.

“Es wird keine Lösung der Krise geben“

Jari Zarazubrick (28) ist Aktivist der spanischen Partei Podemos („Wir können es“). Wir sprachen mit ihm über die Folgen der Wirtschaftskrise für die Jugendlichen Spaniens und den Widerstand der Bevölkerung.

Critica: In den letzten Jahren äußerten die SpanierInnen durch Streiks und Demonstrationen ihren Unmut. Wie kam es dazu?

Zarazubrick: Die wichtigste Demo „15M“ im Mai 2011 war sehr heterogen. Menschen jeden Geschlechts, Alters, Herkunft und politischer Ansicht gingen auf die Straßen. Das war der Schlüssel zum Erfolg: sie wurde von BürgerInnen organisiert.
Auf politischer Ebene spielte Podemos eine wichtige Rolle. Die Partei wurde 2014 von AktivistInnen der Proteste von 2011 gegründet. Die erste Herausforderung kam mit den EU-Parlamentswahlen 2014, bei der sie zu Überraschung aller 8% erreichte. In den folgenden Monaten stand Podemos mit 28% an der Spitze der Prognosen für die spanischen Wahlen. Leider nahm die Unterstützung ab und sie erreichten nur 13%. Gleichzeitig aber konnten sie viele Menschen, die das Vertrauen in die Politik verloren hatten, zu Protesten mobilisieren. Im Zuge der spürbaren Krisenfolgen und Einschnitten in wirtschaftliche Schlüsselsektoren gründen sich seitdem zunehmend Gruppen, die u.a. für das Recht auf Gesundheitsversorgung und Bildung kämpfen.

Die Arbeitslosigkeit ist in Spanien in der Krise enorm gestiegen. Wie versuchte Spanien diese Folgen zu mindern und welche Rolle spielte die EU?

Als Spanien 1986 in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft aufgenommen wurde, musste es Industriebereiche abbauen, die als Konkurrenz für Frankreich oder Deutschland galten. Energieversorgung und Telekommunikation wurden privatisiert und Märkte für ausländische Investitionen geöffnet. Letztlich blieben Spanien nur Tourismus und Immobilien als wirtschaftliche Hauptsektoren.
Nach 2008 wurde in Spanien der gesamte Immobilien- und Bausektor demontiert, in dem damals 27 Mio. Menschen angestellt waren. Bis 2017 stieg die Zahl der Angestellten wieder auf 12 Mio., nachdem 2014 mit 9 Mio. der Tiefpunkt erreicht war. Durch den Industrieabbau in den 80ern hat Spanien aktuell keine Möglichkeiten, um schnell etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu unternehmen.
Hauptsächlich hat die EU Spanien gezwungen den Artikel 135 der spanischen Verfassung so zu ändern, dass die erste Priorität bei der Verteilung des nationalen Budgets darin liegt, Schulden zu begleichen, noch vor der Investition in Bereiche wie Gesundheit, Bildung und Sozialfürsorge.

Aktuell sind fast 40% der 15-24-Jährigen arbeitslos, was 20% über dem EU-Durchschnitt liegt. Wie erklärst du diese Entwicklung und wie ist die Lage junger SpanierInnen zurzeit?

Spanien ist das Land mit der zweithöchsten Rate von Schulabbrechern. Sie liegt mit 20% weit über dem Durchschnitt der restlichen EU (10%). Zusätzlich hat Spanien die EU-weit höchste Quote an unter 25-Jährigen mit Hochschulabschluss, die aber in einem Beruf mit niedrigerer akademischer Anforderung landen. Dies gilt vor allem für naturwissenschaftliche Studiengänge. In den meisten Ländern bietet die wissenschaftliche Forschung die meisten Berufsoptionen. In Spanien aber nicht, da die Forschung wegen massiver Kürzungen von -33% in 10 Jahren und geringer Privatinvestitionen kaum existiert.

Im Zuge der Krise schlossen sich viele Menschen in Bewegungen zusammen. Welche Rolle spielen sie bei der Krisenlösung?

Es wird keine Lösung der Krise geben. Die Wirtschaft wird sich langsam auf das Vorkrisenniveau zurückentwickeln. ArbeitnehmerInnenrechte werden bis dahin aber weiter massiv abgebaut werden. Soziale Bewegungen sollten daher auf die Mobilisierung der BürgerInnen fokussieren und das Klassenbewusstsein stärken. ★

Jari Zarazubrick kommt aus Spanien und studiert derzeit in Leipzig, wo er sich in der linken Partei Podemos engagiert.

En Marche! gegen die Hochschulen

Nebenjobs, steigende Gebühren, langes Suchen nach bezahlbaren Wohnungen und Kürzungen an der Universität: Das kommt vielen bekannt vor. Auch in Frankreich wird derzeit enorm an der Bildung und der Unterstützung der Studierenden gespart. Frisch im Amt kappt Emmanuel Macron Mittel beim Ministerium für Hochschulbildung und Forschung. Noch dieses Jahr sollen 331 Mio € eingespart werden und das Budget für 2018 hat er ebenfalls schon im Visier – absurd angesichts einer wachsenden Zahl von StudienbewerberInnen. Als kleinen Trostpreis verspricht Macron den Unis jedoch zusätzliche Gelder, wenn sie Spezialisierungskurse in bestimmten Fächern anbieten. Bestimme Studienfächer werden also elitärer und selektiver und die Universitäten sollen zunehmend in Konkurrenz um zusätzliche Mittel zueinander stehen.
Weitere Einschnitte plant Macron bei der Unterstützung studentischen Wohnens. Für viele Studierende übersteigt die Miete oft die Hälfte ihres Monatsbudgets. Bisher gab es für viele eine monatliche Unterstützung, eine Art Wohngeld. Eben jenes möchte Macron ab sofort um 5€ senken. Für viele Studierende steigen daher nicht nur die Kosten für das Studium, sondern auch für das Wohnen.
Mit den Kürzungen beim Wohnen, zusätzlichen Studiengebühren für ausländische Studierende und obligatorischen Vortests für den Hochschulzugang wird das französische Hochschulsystem immer selektiver. Für das universelle Menschenrecht auf kostenfreie Bildung für alle scheint sich Macron nicht zu interessieren. ★

Solidarität statt Hass

»Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.« – Artikel 1 GG. **Diesem Auftrag folgen wir mit unserer Arbeit im neuen Bundestag.**

DIE LINKE. IM BUNDESTAG

Bild: Bundeswehr (CC BY 2.0)

Mord als Dienstleistung

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen möchte die Bundeswehr von ihrer rechten Tradition lösen. Das Ziel ist die Entwicklung der Bundeswehr von der Wehrmacht zur Armee 4.0. Von **Eric Recke**

Eine Kontinuität von der Wehrmacht bis zur heutigen Bundeswehr: Zapfenstreich zu „Ehren" ausscheidender Militärgrößen mit Fackelmarsch

Das Verhältnis zwischen der deutschen Generalität und ihrer politischen Führung ist zerrüttet. Ein rechtes Netzwerk um den Oberleutnant Franco Albrecht hatte Waffen gestohlen und politische Morde geplant. Das wäre allein noch nichts Neues gewesen, schließlich wurden bereits in den 90ern rechte NATO-Stay-behind-Organisationen („Gladio") in Europa unter anderem durch einen Bericht aus dem Bundeskanzleramt bekannt. Im Falle eines sowjetischen Einmarsches sollten diese Gruppierungen aus Geheimdienstlern und Rechtsextremen Guerilla-Attentate durchführen. Neu sind allerdings die von höchster Ebene beschlossenen Gegenmaßnahmen und diese bringen die Generäle auf die Barrikaden: Ursula von der Leyen spricht von einem „Haltungsproblem" der Truppe und will die „Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege in der Bundeswehr" – kurz: „Traditionserlass" – überarbeiten lassen. Die Wehrmacht sei kein Vorbild für die Bundeswehr.

Gekappte Geschichte, schwelende Ideologie

Dieser Konflikt hat Geschichte: Zum Zeitpunkt ihrer Gründung bestand die Bundeswehr mehrheitlich aus ehemaligen Mitgliedern der faschistischen Wehrmacht und der Waffen-SS. Generäle, Admiräle und weitere Offiziere, die für Hitler gekämpft hatten, sollten 1955 gewonnen werden, da es kaum andere ausgebildete Soldaten in der BRD gab, man aber meinte, eine Armee gegen die UdSSR zu benötigen. Ihre Traditionen brachten sie mit.

Um in der Außendarstellung mit der Wehrmacht zu brechen, wurde 1982 nach öffentlichen Debatten über das Verhältnis von Soldaten zur Gesellschaft die Überarbeitung des Traditionserlasses von 1965 beschlossen. Dieser grenzte sich ursprünglich wenig gegen den Faschismus ab, um die ehemaligen Wehrmachtsangehörigen nicht zu verschrecken. Nach der Überarbeitung hieß es dann dort: „Ein Unrechtsregime, wie das Dritte Reich, kann Tradition nicht begründen." Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) knüpfte daran 1997 im Bundestag an: „Die Wehrmacht war als Organisation des Dritten Reiches, in ihrer Spitze, mit ihren Truppenteilen und mit Soldaten in Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickt. Als Institution kann sie deshalb keine Tradition begründen."

An Soldaten wie Franco Albrecht zeigt sich allerdings, dass die Ideologie des Dritten Reiches noch immer tief in der Bundeswehr verankert ist. Nun soll es eine erneute Überarbeitung des Traditionserlasses geben. Ob das den gewünschten Effekt haben wird, bleibt abzuwarten, da sich bereits zahlreiche Generäle gegen die Reformvorhaben des Verteidigungsministeriums stellen. Von der Leyen habe sich von der Truppe „entfremdet", heißt es. In einigen Kasernen wurde ihr Bild umgedreht.

Sauberes automatisiertes Töten

Wie kommt es zu solch drastischem Verhalten, das innerhalb der Befehlsstrukturen der Bundeswehr an Befehlsverweigerung und Meuterei grenzt?

Dazu muss der letzte große Reformschritt nach 1990 beleuchtet werden. Er wurde eingeleitet, als die Verteidigungsaufgabe gegen die Staaten des Warschauer Paktes wegfiel. Um die neuen Kriege, die weltweit und zunehmend in Städten statt in der Fläche geführt werden, bewältigen zu können, wurden die Panzer von 5.000 auf 225 und die Soldaten von 500.000 auf 180.000 reduziert. Stattdessen wurden Drohnen, Cyberkommandos, neue Schiffe und Flugzeuge angeschafft. Der Wehretat soll bis 2024 auf 75 Milliarden Euro erhöht werden, da das neue Gerät gegenüber der alten Ausrüstung viel teurer in Entwicklung, Produktion und Instandhaltung ist. Damit haben sich auch die Anforderungen an die SoldatInnen geändert. Gesucht werden nun in Millionen kostenden Werbekampagnen vor allem karriereorientierte SpezialistInnen, welche Menschen mit unbemannten Waffensystemen und im Häuserkampf gezielt töten sollen. Mord soll in Zukunft eine Dienstleistung sein, die in jedem Land von Männern wie Frauen mit hochtechnologisierten Geräten ausgeführt werden kann: die Armee 4.0. Da haben die „alten Herren" bald restlos ausgedient.

Deshalb sollten wir, bei aller angebrachten Kritik an völkischem Nationalismus und Sexismus in der Bundeswehr, nicht nur die Mannschaften und unteren Offiziere bedenken, sondern umso stärker auch das höhere Offizierskorps, welches gestützt durch diese Ideologien dazu neigt den Staat im Staate zu vertreten. Das ist auch der Grund, warum der Fall Albrecht so brisant ist: Zu einem Staatsstreich gehören, auch wenn es dafür aktuell hierzulande keine Anzeichen gibt, oft Attentate durch Militärangehörige auf politisch unliebsame Personen. Ein Grund mehr, bis zur notwendigen Abschaffung der Bundeswehr dort jedes Reformvorhaben gegen Rechts zu unterstützen. ★

Eric Recke studiert im Master Soziale Arbeit an der HAW Hamburg und schreibt dort für die Studierendenzeitung „IMPULS"

ANZEIGE

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahreszeitschrift
28. Jahrgang, Nr. 111,
September 2017, 256 S.

150 Jahre „Das Kapital" und der globalisierte Kapitalismus

Neuhaus – ***Zum Erscheinen eines Weltbestsellers am 11. September 1867*** / Becher, Ehling, Migenda, Sablowski, Salomon, Stache, Wagenknecht, Zander – ***„Das Kapital" – Leseempfehlungen***

Work in progress: Vollgraf - ***Marx auf dem Trampelpfad*** /, Musto – ***Entstehungsgeschichte des „Kapital"*** / Heinrich – ***Marx, Leben und Werk*** / Xy Yang/Ling Fangfang – ***„Das Kapital" in China***

Globalität und Vielfalt des modernen Kapitalismus: Altvater – ***Kritik der politischen Ökonomie am Plastikstrand*** / Leibiger – ***Geschichtliche Tendenz der Akkumulation*** / Roth – ***Impulsgeber Marx*** / Harootunian – ***Globalität, Ungleichmäßigkeit und Geschichte*** / Lotter – ***„Zeit" und „Beschleunigung" bei Marx***

Interpretationen und Lesarten: Schwarz – ***Anmerkungen zu Krätke*** / Anders – ***Neue Marx-Lektüre*** / Honkanen – ***Marx als mathematischer Ökonom*** / Klundt – ***Kinderarbeit*** / Finelli – ***Historischer Materialismus*** / Markard – ***Holzkamps „Kapital" Rezeption***

Archiv: Spoo – ***Marx an der Wand hörte schweigend zu (1967)*** **Sowie:** Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl.Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax: 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail:redaktion@zme-net.de

Bild: DTRocks (CC BY SA 4.0)

Hunger und Tod an den Küsten des Mittelmeers

Immer weniger Menschen fliehen von Libyen nach Europa. Während EU-Regierungen dies als Erfolg feiern, erreicht das Leid der Flüchtenden unvorstellbare Ausmaße. Schuld daran ist die EU selbst. Von **Christian Ott**

Auffanglager an nordafrikanischen Küsten– viele Flüchtlinge erreichen nicht einmal Europa

Seit Jahren ist die Situation auf der Fluchtroute im Mittelmeer fatal. Mehr als 21.000 Menschen aus verschiedenen afrikanischen Staaten flüchteten im Juli und August 2016 von Libyen aus nach Italien. Ein Jahr später waren es noch 3.000 – für die meisten PolitkerInnen ein Erfolg. Betrachtet man die Gründe für das Sinken der Geflüchtetenzahlen und die tatsächliche Anzahl afrikanischer Flüchtender, verfällt jeder Grund zur Freude. Denn es versuchen keinesfalls weniger Menschen, zu flüchten.

In der ersten Hälfte des Jahres 2017 erreichten 100.000 Flüchtende die italienische Küste. Schuld daran, dass es nicht mehr waren, haben die EU und Libyen, die mit aller Kraft versuchen, die Menschen von der Flucht abzuhalten.

Von Seiten Libyens wurde erst vor kurzem die eigene „Search and Rescue Zone" auf das Fünffache ausgeweitet. Damit okkupiert die Zone Teile internationalen Gewässers, in welchen auch internationales Seerecht gelten sollte. Libyen versucht hier, die eigenen Gesetze durchzusetzen und bricht damit das Völkerrecht. Die Zone ist gesperrt für internationale Hilfsorganisationen; sie wirkt eher als Abfangzone und nicht zur Rettung.

Sind der EU die Menschen egal?

Mit der sogenannten „Operation Sophia" veranlasst die EU seit 2015, Fluchtboote abzufangen. Offiziell dient dies der Schlepperbekämpfung; letztlich wird Schutzsuchenden eine weitere Möglichkeit genommen, Europa zu erreichen. An der Militäroperation ist auch die Bundeswehr beteiligt. Tausende Menschen hätten die Soldaten aus der See gerettet, verkündet diese stolz. Verglichen mit Zahlen von Pro Asyl, nach welchen sich die Todesrate bei der Flucht über das Mittelmeer seit der Einberufung der Operation verdreifacht hat, ein Irrsinn. Aber der Schein vom fluchtfreundlichen Deutschland muss wohl bewahrt werden.

Liegt der EU überhaupt etwas daran, dass Menschen sicher leben können? Seitens der Politik erfolgt keinerlei Unterstützung für freiwillige Hilfsorganisationen. Sowohl Sea Watch als auch Ärzte ohne Grenzen beklagten kürzlich, ihre Arbeit würde von den Regierungen diskreditiert oder gar verhindert werden.

Die Situation derer, die auf der Flucht Libyen nicht verlassen können, ist entsetzlich. Seit dem Sturz Gaddafis herrschen Milizen mit Willkür und Gewalt über das Land. Der UN-Sicherheitsrat berichtet von Menschenrechtsverletzungen, Kidnapping, Vergewaltigungen und Zwangsprostitution. Festnahmen von JournalistInnen und Waffendeals gehören zur Tagesordnung. Ausgerechnet in dem Land plant die EU nun, Geflüchtetenzentren zu errichten, um die Weiterfahrt nach Italien zu verhindern.

Entsetzliche Zustände

Schon jetzt werden diejenigen, die es nicht über das Mittelmeer schaffen, weil sie von der libyschen Küstenwache abgehalten oder aus dem Mittelmeer geholt wurden, in Gefangenenlagern festgehalten, wie der Deutschlandfunk berichtete. Hunderte Menschen müssen dort auf engstem Raum verweilen, von wohnen kann nicht die Rede sein. Berichtet wird von unzureichender Luftzirkulation, die gesundes Atmen verhindert. Es mangelt an Hygiene und an ärztlicher Versorgung. Viele Menschen leiden an Hepatitis, Krätze, HIV und Tuberkulose. Eine Behandlung ist nicht in Aussicht. Die Menschen sind unterernährt, denn regelmäßige Versorgung mit Nahrung gibt es ebenfalls nicht. Viele, die nicht an Krankheiten oder Hunger sterben, werden ermordet. Vergewaltigungen und willkürliche Hinrichtungen sind keine Ausnahme.

Die Schuld der EU

Doch die EU nimmt es ignorant und unverfroren hin, dass Menschen hungern, an tödlichen Krankheiten leiden, zur Prostitution gezwungen oder gar ermordet werden. Dabei hat die EU selbst große Schuld daran, dass so viele zur Flucht getrieben werden. Denn die Menschen fliehen nicht nur vor Kriegen und Unrechtsherrschaften wie in Libyen. An der extrem hohen Hunger- und Armutsrate in vielen afrikanischen Ländern ist die EU zum großen Teil verantwortlich. Mit dem Freihandelsabkommen EPA zwingt sie viele afrikanische Staaten sogar dazu, es der EU zu ermöglichen, ihre Produkte billig zu verkaufen und somit die eigene Wirtschaft der einzelnen afrikanischen Länder ausbluten zu lassen. Die Länder wurden mit der Androhung unbezahlbar hoher Zölle erpresst, diesem unfairen Abkommen zuzustimmen.

Es ist daher ein Armutszeugnis, dass Libyen die Zurückdrängung Flüchtender feiert, Italien sich freut, wenn die Fluchtzahlen sinken und die EU Abkommen mit Unrechtsherrschaften wie der in Libyen verabschiedet. Der eigenen Verantwortung, von der westliche PolitikerInnen so gerne schwadronieren, wollen sie so entkommen. Die eigenen Rassisten zu stoppen, gelingt der EU nicht, aber das Aufhalten Schutzsuchender beherrscht sie mit Bravour. ★

Christian Ott ist aktiv im SDS Leipzig, studiert Anglistik und ist leidenschaftlicher Hobbypöbler.

ANZEIGE

Moderne Albträume

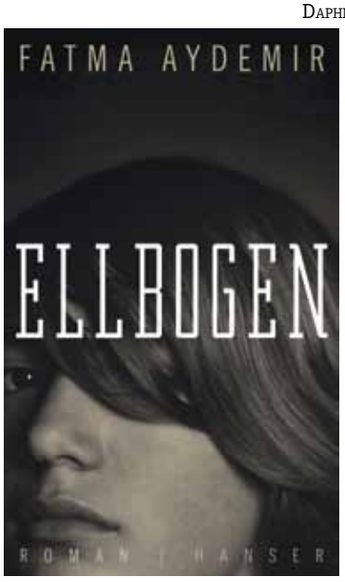
Junge Autorinnen loten die Untiefen unserer Gesellschaft aus. Wir stellen euch drei Romane im Spannungsfeld von Selbstoptimierung, Menschenhass und Ausbeutung vor

Migrantische Freiheitsträume

Die 17-jährige Hazal wächst im Berliner Wedding in einer konservativen türkischen Familie auf, jobbt in der Familienbäckerei, klaut gelegentlich und schreibt unmotivierte Bewerbungen. Heimlich skypt sie mit Mehmet, der in der Türkei lebt. Sie sehnt sich nach einem selbstbestimmten Leben. In der Nacht von Hazals 18. Geburtstag, auf den sie so lange gewartet hat, liegt der fatale Wendepunkt: An der Clubtür abgewiesen – wohl wegen ausländischen Aussehens – katalysiert sich die Wut Hazals und ihrer zwei ebenfalls migrantischen Freundinnen und entlädt sich am Hassobjekt des studierenden Hipsters, der sie sexistisch anmacht. Sie treten ihn auf die Bahngleise, er stirbt, Hazal flieht nach Istanbul zu Mehmet. Ihre auf Mehmet projizierte Traumwelt eines besseren Lebens wird enttäuscht, denn dieser entpuppt sich als bekiffter Lumpenproletarier. Der Roman endet mit der Nacht des Putsches gegen Erdogan, was für Hazal allerdings nur Nebensache bleibt: Ihr individuelles Leben verläuft orientierungslos und ist durch das Delikt des Totschlags zerstört.

Fatma Aydemir schildert das migrantische Berliner Milieu in ihrem Debutroman Ellbogen in einer ungezwungenen, direkten Sprache, die vor Kraftausdrücken strotzt. Auf Political Correctness wird gepfiffen. Die Autorin versucht nicht, Mitleid oder Überlegenheitsgefühle zu erwecken – das unterscheidet das Buch vom voyeuristischen „Unterschichten-Gucken“, wie es Formate wie Frauentausch praktizieren. Dramaturgisch unglaubwürdig sind allerdings der Totschlag und die Flucht Hazals. Mehmets Mitbewohner wird kurz als engagierter Kurde angedeutet, was leider nicht näher verfolgt wird. Schade ist daher auch, dass die Protagonistin keinen Blick für die größeren politischen Zusammenhänge und kollektiven Kämpfe abseits ihres Individualismus’ entwickeln kann.

Daphne Weber



Fatma Aydemir: Ellbogen.
Hanser, 2017. 272 Seiten, 20 €

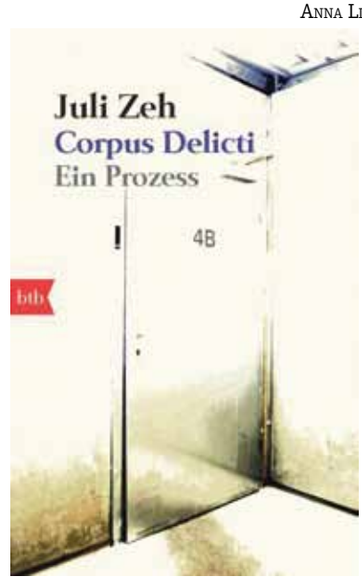
Der Gesundheitswahn regiert

IMitte des 21 Jahrhunderts wird Deutschland von einer totalitären Macht regiert, die sich die METHODE nennt. Inklusive ihrer Institutionen repräsentiert sie sowohl Judikative, Legislative und Exekutive und kontrolliert sämtliche BürgerInnen. Die METHODE hat den menschlichen Körper, seinen perfekten Zustand und seine ständige Optimierung zum höchsten Gut erhoben. Die Bevölkerung muss täglich dem Staat ihre Gesundheitswerte berichten und ein obligatorisches Sportprogramm nachweisen. Der Konsum von Alkohol, Nikotin und anderen Drogen ist strafbar. Partnerschaften, Sex und Eheschließungen sind nur bei genetischer Kompatibilität erlaubt. Jeder Schritt wird kontrolliert. Religion, Philosophie und alternative Ideologien gelten für die METHODE als Relikte längst vergangener Zeiten.

Unter diesen Umständen entwickelt sich die systemtreue Biologin Mia zur Systemkritikerin und später –feindin. Als ihr Bruder der Vergewaltigung bezichtigt und zur Höchststrafe – dem Einfrieren auf unbestimmte Zeit – verurteilt wird, glaubt Sie an dessen Unschuld. Schließlich findet Sie einen Beweis dafür. Ihr Kampf gegen das System beginnt. Nach ihrer durch gefälschte Zeugenaussagen erzwungenen Festnahme versetzt sie und der Prozess gegen sie die Öffentlichkeit in Aufruhr, zeigt Mia doch die Fehlbarkeit eines als unfehlbar deklarierten Systems.

Auf den ersten Blick beschreibt Juli Zeh eine dystopische Realität. So fern ist sie jedoch nicht. In einer Gesellschaft in der Kontrolle und Überwachung zunehmen, in der überlegt wurde, dass häufiger kranke Menschen auch mehr Krankenkassenbeiträge zahlen sollten und das Solidaritätspinzip ins Wanken gerät, wird die Gesellschaft die Zeh entwirft immer weniger unvorstellbar. Zehs lesenswerter Roman ist ein Appell an die LeserInnen kritisch zu sein oder wie sie selbst es in einem Interview auf den Punkt brachte: „Leute, stellt mal diese Mentalität infrage!“

Anna Lindner



Juli Zeh: Corpus Delicti.
Schöffling & Co Verlag, 2009, 272 Seiten, 19,90 €

Die Zombies der New Economy

Eine Messe irgendwo in Deutschland: eine namenlose „Nicht-Journalistin“ trifft auf sechs Personen, die alle Teil jener Branche sind, die sich New Economy schimpft. Sie erzählen von einem Arbeitsalltag, der geprägt ist von 16-Stunden-Tagen, Stress, Schlafmangel, Amphetaminen und Alkoholismus. Privatleben? Gibt es nicht, ist aber auch gar nicht erstrebenswert. Sich ausruhen? Das sollen andere machen: Schwächere, die nicht aufsteigen wollen, die die Sprache der New Economy weder sprechen noch verstehen. Als genau dieses Leben schließlich im Selbstmord eines unbekannten Dritten mitten auf der Messe mündet, sitzt der Schreck tief – zum Aufwachen scheint es jedoch bereits zu spät.

Der 2004 erschienene Roman wir schlafen nicht von Kathrin Röggla beschreibt die Lebens- und Arbeitswelt der New Economy. Als Grundlage dienen Protokolle realer Interviews, die die Autorin mit AkteurInnen der Unternehmensberatung geführt hat. Diese wurden collagenhaft zu einer Echtzeiterzählung verwoben – die Handlung ist Fiktion, der Wahnsinn ist real.

Diesen Roman zu lesen ist vor allem eines: anstrengend. Durch die konsequente Kleinschreibung und sequenzartige Wiedergabe des Erzählten ist kaum nachvollziehbar, wer zu welchem Zeitpunkt spricht. Die Charaktere bleiben schattenrissartig und man wird das Gefühl nicht los, dass man irgendwas irgendwo überlesen hat. Doch genau das ist der eigentliche Punkt: wer hier zu Wort kommt, ist unerheblich. Das Individuum wird austauschbar in einer Umgebung, in der eigentlich alles auf Individualisierung und Selbstinszenierung ausgelegt ist. Dadurch ist der Roman ein gleichermaßen beeindruckendes wie erschreckendes Dokument einer Arbeitswelt der absoluten Entfremdung. Was erscheint wie eine Dystopie, in der aus Menschen Arbeitszombies werden, ist längst Realität.

Tabea Hartig

Kathrin Röggla: wir schlafen nicht.
Fischer Verlag, 2004, 220 Seiten, 8,95 €

Semestertermine

Bild: redhope (CC BY 2.0)

Am 2. und 3.12.2017 findet der 24. bundesweite und internationale Friedensratschlag in Kassel statt. Die Konferenz bietet aktuelle Analysen internationaler Konflikte und globaler Sicherheitspolitik sowie Vernetzungsmöglichkeiten mit Akteuren der Friedensbewegung.
Weitere Infos: WWW.FRIEDENSRATSCHLAG.DE
Bei Interesse an gemeinsamer Teilnahme: INFO@LINKE-SDS.ORG

Ewig grüßt der 8. März! Frauen* auf der ganzen Welt begehen den Internationalen Frauen*kampftag, der erstmals 1911 von Clara Zetkin ins Leben gerufen wurde. Gerade in Zeiten von wiedererstarkendem Antifeminismus, rechter Hetze und Sozialabbau werden die lila Banner und die erhobenen Fäuste der Frauen*bewegung wieder mehr denn je gebraucht.

Bild: Shubert Ciencia (CC BY-NC 2.0)

Marx Erben in Frankfurt. Vom 19. - 23.März 2018 findet in Frankfurt/ Main die Marxistische Studienwoche der Heinz Jung Stiftung und der Z.Zeitschrift für Marxistische Erneuerung statt. Anlässlich von Marx' Geburtstagsjubiläum ist das Thema dieses Jahr: „200 Jahre Karl Marx – Klassentheorie und Klassenbewegung heute". Nicht erst seit Eribons Buch „Rückkehr nach Reims" lohnt sich die Beschäftigung mit Klassentheorie wieder!

DIE LINKE.SDS

WER WIR SIND UND WAS WIR MACHEN

Die Linke.SDS – kurz für Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband – ist der einzige bundesweit aktive sozialistische Studierendenverband. Der SDS steht der Partei DIE LINKE nahe und setzt sich für eine kämpferische und sozialistische LINKE ein. Wir verstehen uns als Teil einer breiten linken Bewegung.
Die Linke.SDS streitet für bessere Studienbedingungen an den Hochschulen und sieht dies als Teil einer umfassenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung gegen den marktradikalen und antidemokratischen Umbau der Gesellschaft, gegen Sozialabbau, gegen Ausgrenzung und Diskriminierung aller Art, gegen Krieg und Umweltzerstörung.
In unserem Selbstverständnis heißt es: „Der Kapitalismus ist für uns nicht das Ende der Geschichte. Wir stehen ein für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und stellen ihr unsere handlungsbestimmende Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft entgegen."

LOKAL VERANKERT...

SDS-Gruppen gibt es bundesweit an ca. 45 Hochschulen. In den Hochschulgruppen wird ein großer Teil der Arbeit gemacht. Ob Lesekreise zu sozialistischen Klassikern oder aktuellen Büchern wie „Rückkehr nach Reims", Organisation von politischen Bildungsveranstaltungen, Arbeit in den Unigremien, Unterstützung von Geflüchteten oder Anti-Naziprotesten: die Bereiche und Aktionen der lokalen Gruppen sind vielfältig.

...UND BUNDESWEIT AKTIV.

Der SDS ist keine Ansammlung autonomer Kleingruppen, sondern ein bundesweiter Akteur. Durch unsere handlungsfähige Bundesstruktur können wir aktiv in das politische Geschehen eingreifen. Wir haben das Frauen*kampftag-Bündnis mit initiiert und auch bei Blockupy oder dem Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus" eine wichtige Rolle gespielt.

Bundesweite Aktivität erschöpft sich bei uns aber nicht darin, ein paar Demos mitzugestalten. Auf unserer jährlichen Sommerakademie diskutieren wir gemeinsam und bilden uns weiter. Darüber hinaus hat der SDS mehrere Arbeitskreise, in denen wir uns vertieft mit einem bestimmten Thema auseinandersetzen. Ob zu Feminismus, Hochschulpolitik oder dem Kampf gegen die AfD: In vielen Bereichen diskutieren und entwickeln wir Alternativen. Das Produkt eines Arbeitskreises hältst du gerade in der Hand: die critica. Insgesamt gibt es derzeit fünf Bundesarbeitskreise (BAKs) im SDS:

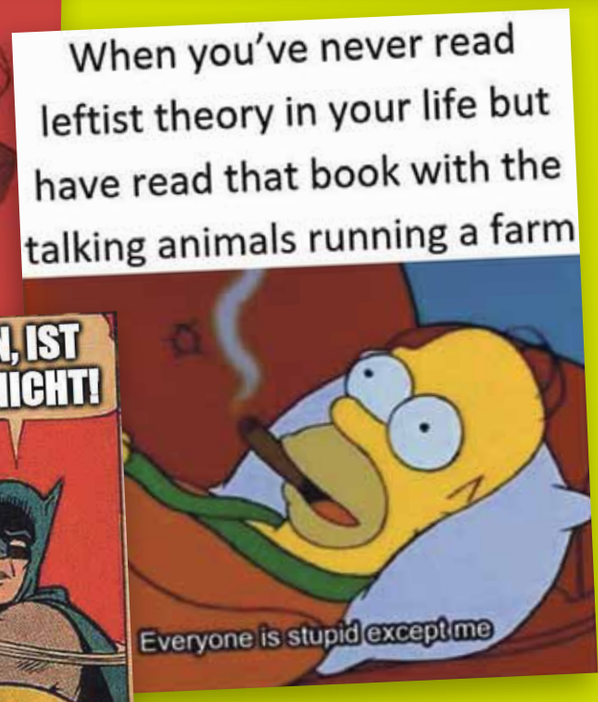
- **BAK FEMINISMUS**
- **BAK HOCHSCHULPOLITIK**
- **BAK POLITISCHE BILDUNG**
- **BAK EMANZIPATION**
- **CRITICA-REDAKTION**

AKTIV WERDEN!

Aktiv werden! Die Welt verändert sich nicht von allein. Eine bessere Gesellschaft braucht Menschen, die sich mit Begeisterung dafür engagieren. Support your local SDS!

SO ERREICHST DU UNS:
WWW.LINKE-SDS.ORG
INFO@LINKE-SDS.ORG
030/24009134

Nichts ist so mächtig wie ein Meme, dessen Zeit gekommen ist:



#MemeMonday: Zukünftig veröffentlichen wir auf unserer Facebookseite www.facebook.com/critica.online jeden Montag ein Meme der Woche. Du willst uns den Stoff dafür liefern? Schick deine Memes an info@critica-online.de